

PRESS-RELEASE

PRESSEINFORMATION

12. Mai 2017

„Höchste Eisenbahn“

Pro Rheintal zum Verbot lauter Güterwagen ab 2020

Das Bürgernetzwerk Pro Rheintal begrüßt den heutigen Bundesratsbeschluss zum Verbot lauter Güterwagen ab 2020. Allerdings müsse man ein wenig Wasser in den Wein gießen, da es weiterhin eine Reihe von Ausnahmeregelungen gebe, außerdem die EU noch lange nicht mitziehen wolle und vor allem weil die Bezeichnung „laute Güterwagen“ so nicht stimme, wie Pro-Rheintal-Sprecher Frank Gross betont. Für die vorhandenen Güterwaggons sei lediglich vorgesehen, dass sie ab 2020 keine Metallbremsbeläge mehr einsetzen dürfen. Dies sei aber noch lange keine Garantie dafür, dass ein Wagen auch leise ist, denn Flachstellen und andere Radfehler können nach wie vor auftreten und erheblichen Lärm verursachen. „Es fehlt daher vor allem eine Grenzwertfestlegung für alle Güterwaggons sowie für die Einhaltung dieser Vorschriften entsprechende Überwachungsinstrumente“, erklärt Gross.

In einem Schreiben an Pro Rheintal habe die EU sich dahin gehend geäußert, dass man derzeit selbst auch an Vorschriften für bestehende Güterwagen arbeite, jedoch bei einem Verbot eine europaweite Lösung anstrebe, wobei die Umsetzung erst ab 2021 beginnen könne. Dies habe man auch der Schweiz mitgeteilt.

Gross weiter: „Der vorliegende Gesetzesentwurf ist mal wieder ein ‚Meisterwerk aus dem Bundesverkehrsministerium‘, den wahrscheinlich nur die Spezialisten verstehen.“ Die Ausnahmeregelungen seien jedenfalls so verfasst, dass sich Betreiber und Wagenhalter keine Sorgen zu machen brauchten und es auch kaum zu kontrollieren sei, ob die Regelung auch eingehalten werde oder nicht.

Dafür, dass bereits 1999 alle für die Dringlichkeit der Umrüstung erforderlichen Informationen vorlagen und der Sachverständigenrat des Bundestags damals diese Maßnahmen dringend empfohlen habe – was die Schweiz bewog, auch gleich damit zu beginnen –, sei man in Deutsch-

land mit dem Zieljahr 2020 viel zu spät. Regionen wie das Rheintal hätten darunter ebenso massiv gelitten wie viele der Anwohner, die mit Herz-Kreislauf-Erkrankungen oder schweren Depressionen zu kämpfen hätten. Den Vorwurf, Lärmschutz würde weiter auf die lange Bank geschoben, könne man daher Bund und Bahn nicht ersparen.

Für die Menschen und Regionen wie das Rheintal, das Moseltal, den Rheingau oder alle die anderen von starkem Bahnlärm betroffenen Regionen sei es „Höchste Eisenbahn“, dass in Sachen Lärmschutz mehr geschieht als die zehnte Wiederholung der immer wieder gleichen Themen, auch wenn Landtagswahlen seien.

Weitere Informationen unter:

Pro Rheintal e. V. Bürgernetzwerk

Frank Gross, 1. Vorsitzender
Simmerner Straße 12
56154 Boppard
Tel. 06742 801069-0
Fax 06742 801069-1
E-Mail: info@pro-rheintal.de
www.pro-rheintal.de

Frei zur Veröffentlichung / Belegexemplar erbeten



Bild: Wohnhäuser, die ungeschützt Bahnlärm ausgesetzt sind, werden unbewohnbar. Hier sind „leise Züge“ nicht ausreichend.